

Correspondent.

Verlagsgesellschaft Merseburger, Leipzig, Postfach 101, monatl. 50 Pf., u. 1,20 Mk. bei Vorzahlung. Bei Bestellung 1,20 Mk. durch Nachnahme. In der Stadt u. auf d. Lande 1,30 Mk. 1908. 1909. 1910. monatl. 60 Pf. u. 1,50 Mk. bei Vorzahlung. Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal und vertritt die Interessen der Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Arbeiterbewegung. In den Hauptstädten Deutschlands ist das Blatt verbreitet. — Redaktionsadresse: Leipzig, Postfach 101. — Die Redaktion erwünscht Besuche von Abonnenten. — Die Redaktion erwünscht Besuche von Abonnenten.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essig, illustr. Sonntagsblatt mit
12 tägiger Modebeilage.
4. Aufl. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotierungen.

Preis: 10 Pf. bei Vorzahlung, 12 Pf. bei Nachnahme. Bei Bestellung 1,20 Mk. durch Nachnahme. In der Stadt u. auf d. Lande 1,30 Mk. 1908. 1909. 1910. monatl. 60 Pf. u. 1,50 Mk. bei Vorzahlung. Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal und vertritt die Interessen der Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Arbeiterbewegung. In den Hauptstädten Deutschlands ist das Blatt verbreitet. — Redaktionsadresse: Leipzig, Postfach 101. — Die Redaktion erwünscht Besuche von Abonnenten. — Die Redaktion erwünscht Besuche von Abonnenten.

Nr. 220.

Freitag den 18. September 1908.

35. Jahrg.

Interparlamentarische Union.

Das „Parlament der Parlamente“, die Interparlamentarische Union, ist an diesem Donnerstag zum ersten Male seit ihrem Bestehen auf deutschem Boden zu einer Konferenz zusammengetreten, die drei Tage dauern soll. Im Jahre 1888 in Paris auf Anregung von Sir Randal Cremer und Frédéric Passy begründet, hat die Interparlamentarische Union eine von Jahr zu Jahr wachsende Bedeutung gewonnen. Während die erste Konferenz zu Paris im Jahre 1889 von nur 99 Parlamentariern aus 9 Parlamenten besucht war, sind für die diesjährige Tagung in Berlin bereits über 900 Teilnehmer aus 19 Staaten angemeldet. Von bekannten Persönlichkeiten sind u. a. vertreten: die belgischen Minister Vermeert und Dupont, die ungarischen Graf Apponyi und Dr. Günther, aus Norwegen Ministerpräsident Gunnar Knudsen und viele andere. Die Verhandlungen der Konferenz finden im Sitzungssaal des Reichstages statt. Wie das Bureau bekannt gibt, ist es infolge des großen Andrangs zur Konferenz leider unmöglich, Zuhörer zu den Verhandlungen zuzulassen. Der Kongreß wird vormittags 10 Uhr eröffnet. Namens der Regierung wird der Reichsfinanzminister Bülow den Kongreß begrüßen, vermutlich wegen des internationalen Charakters der Versammlung und nach den Vorgängen in anderen Hauptstädten, mit einer Ansprache in französischer Sprache.

Als Einleitung fand am Dienstagabend im Reichstagsgebäude eine Versammlung statt, bei der der Präsident der amerikanischen Gruppe des Kongresses, Herr Bartholdi, mit einer herzlichen Ansprache der deutschen Gruppe eine in den deutschen Farben gehaltene Fahne, die das weiße Band als Symbol des Friedens trägt, überreichte. Die Fahne ist im Jahre 1907 auf dem Kongreß in New York gestiftet worden. Herr Bartholdi führte in seiner Rede aus, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika nie besser gewesen seien, als heute. Das Wort von der traditionellen Freundschaft der beiden Nationen sei geschichtlich wohl begründet. Trotz aller gegnerischen Bemühungen seien sich die Nationen so nahe gerückt, daß der Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages heute nur noch eine Frage der Zeit sei. Zum Schluß hat Herr Bartholdi, die Flagge entgegenzunehmen als ein Zeichen deutsch-amerikanischer Freundschaft und eine Verheißung segensreicher Friedenszeiten zwischen zwei Völkern, die berufen sind, gleich hohe Kulturleistungen zum Besten der ganzen Menschheit zu erfüllen.

Auf die beifällig aufgenommenen Worte sprach der Präsident der deutschen Gruppe, Herr Abg. Prof. Eichhoff, im Namen dieser herzliche Dankesworte und fuhr dann fort: „Sie haben, Herr Präsident, von den freundschaftlichen Beziehungen gesprochen, die jetzt nach dem Vorbilde der Staatsoberhäupter zu unsrer aufrichtigen Freude auch zwischen unsrer Freundschaft des amerikanischen und deutschen Volkes einen berechtigen Ausdruck zu verleihen, so sind Sie es, der in Deutschland geboren, zum amerikanischen Bürger geworden, aber seine alte Heimat nicht vergessen hat und gleich unsern großen und unvergeßlichen Landsmann Karl Schurz zwischen den Weltanschauungen der beiden stammesverwandten Völker erfolgreich zu vermitteln bestrebt ist. So empfangen Sie denn dafür unsern aufrichtigen Dank, überbringen Sie allen unsern Landsleuten in der neuen Heimat unsere herzlichsten Grüße und sagen Sie ihnen, daß die bewiesenen Vertreter des deutschen Volkes, die hier versammelt sind, die freundschaftlichen Beziehungen zu schätzen wissen, die die große amerikanische Nation dem deutschen Volke gegenüber hegt, und daß sie nur den einen Wunsch haben, daß die Bande der Freundschaft, die zwischen uns geknüpft sind, von Jahr zu Jahr immer inniger werden mögen, zum Segen beider Völker nicht nur, sondern der ganzen Menschheit.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widmet dem Kongreß folgende Begrüßungsworte: „In der hiesigen Presse werden Deutschlands Gäste, unter

denen sich so viele hervorragende Männer fremder Nationen befinden, herzlich willkommen geheißen. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, daß ihre Beratungen für die Werte des Friedens erlösend sein mögen. Auch wir schließen uns diesen Wünschen an mit aufrichtiger Freude darüber, die Union interparlamentaire und als ihre Mitglieder viele erlesene Persönlichkeiten der Kulturwelt in Berlin begrüßen zu können.“

Die Maffeiier.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Hinsichtlich der Stellung zur Maffeiier hat der sozialdemokratische Parteitag am Dienstag eine wahrhaft tragische Entscheidung getroffen. Die radikale Mehrheit bereite dem Parteivorstande eine empfindliche Verlegenheit und Niederlage, indem sie der wichtigsten Punkt der Vereinbarung zwischen den Vorstände und der Gewerkschaftskommission zu Falle brachte und dadurch ein Vakuum schuf, nämlich die Regelung der Kostenfrage bei den Maffeiier Ausperrungen. Das Wort, daß in Gedächtnis die Gemütsheiligkeit aufhöre, behauptete sich hier wieder einmal glänzend. Parteileitung und Gewerkschaftsvorstand sind nicht willens, für diejenigen Arbeiter zu zahlen, die auf dem Schlachtfelde der Maffeiier vom Unternehmertum zur Strecke gebracht werden. Sie überließen diese ehrenvolle Aufgabe uneigennützig den — lokalen Verbänden der Orte, die sich den Luxus einer „würdigen“ Maffeiier mit obligator nachfolgender Arbeitsausperrung leisten. Die begeisterten Anhänger der Maffeiier auf dem Parteitag aber danken für diese fatale Haltung und lehnen daher die Vereinbarung in diesem Punkte fatalisch ab. Wo so steht denn die Sache wie folgt: Da keiner von den dreien wollte, daß er selber zahle, zahlte keiner von den dreien!

Der Pakt zwischen Parteileitung und Gewerkschaftskommission ist ins Wasser gefallen, kraft der souveränen Entscheidung eines Parteitages, der sich die Folgen seines Beschlusses offenbar gar nicht klar gemacht hatte. Die ganze unrichtbare Komantik weiter Kreise der Sozialdemokratie zeigte sich bei dieser Debatte in bester Blüte. Trotz aller Erklärungen der verflochtenen Jahre waren viele der Redner der Meinung, daß man die Maffeiier nur noch viel weiter ausbauen sollte und müsse; dann werde das Unternehmertum schon klein beigeben, und die Unterfertigung von Gemafperrungen falle ganz von selbst weg. Hofus, Hofus, fidibus! In welchem Wollenfuchtschilde leben diese „historisch-ökonomisch“ durchgebildeten und sogar zum Teil auf der berühmten Parteischnur „erzogenen“ Leute, von denen der eine seine „Bildung“ dadurch fundiert, daß er den verdienstvollen, freilich nicht mehr-gewerkschaftlich denkenden Abg. Schmidt-Berlin wißt beschimpfte!

In der Maffeiier-Frage ist dergestalt eine Krise innegefallen der Sozialdemokratie eingetreten. Freilich wir dürfen nicht hoffen, daß die Partei, gewiß durch die heutigen Erfahrungen, bald zu dem Gedankenquant vordringen wird: ohne Unterfertigung keine Maffeiier, jede Mai-Unterfertigung eine schwere Veinträchtigung der Gewerkschafts- oder Partei-Finanzen und daher — keine Maffeiier!

Politische Uebersicht.

Auf die französisch-spanische Marokko Note hat der spanische Minister des Auswärtigen bereits mehrere Antworten erhalten. Mehrere Regierungen gaben ihre Zustimmung zu erkennen. Andere, insbesondere die deutsche Regierung, teilten mit, sie würden die Note prüfen. Amerika bedauert eine abnorme Haltung in der Marokko-Frage. Ein allgemeiner Notenaustausch der Signatarmächte wird für notwendig erachtet, um eine prompte Verständigung bezüglich ihrer Haltung zu den Vorstellungen Frankreichs und Spaniens zu erzielen. Amerikas Interesse an Marokko sei eher passiv und philanthropisch. Amerika werde die Lösung der Frage nicht durch eine arbiträre Zuteilung aufhalten. **Osterreich-Ungarn.** Der zweite Präsident des österreichischen Verwaltungs-Hofes, Marquis Paquachem, ist zum ersten Präsidenten dieses Gerichtshofes ernannt worden. — Die Bildung eines gemeinsamen Verbandes aller deutschen

Parteien ist in einer Versammlung aller deutschen Landtagsabgeordneten in Brau beschlossen worden.

Preußen. Das niederländische Budget für das Jahr 1909 weist nach Schätzung ein Defizit von 158000000 fl. auf, von denen gegen 10 Millionen für den ordentlichen Etat entfallen. Das Budget für 1908 ergibt ebenfalls ein sehr erhebliches Defizit. Ihre diesen Gründe ist eine dauernde Erhöhung der Mittel dringend erforderlich, ganz abgesehen von den Kosten der Sozialgesetzgebung, für die die Regierung auf eine Anhebung des Zolltarifs zurückzugreifen beabsichtigt. Zeitweilig sollen und die Alkoholsteuer erhöht werden. Dies wird das Defizit auf 2870000 fl. herabmindern. Bei der Vorlage des Budgets wurde von der Regierung erklärt, der Minister des Auswärtigen habe die Veröffentlichung eines Orangebuches, das einen Überblick über die Arbeiten seines Ressorts während des vergangenen Jahres geben sollte, reichlich ermoget, daß sei er zu dem Schluß gekommen, daß nach die Dokumente einer solchen Zeitung unternommen werden müßten, da sich dadurch ein falsches Bild ergeben würde. Er habe nur an die Mitglieder der zweiten Kammer eine Sammlung der Dokumente über die Schwerfösten zwischen den Niederlanden an Venezuela mit der Bitte verteilen lassen, den Inhalt vollständig als geheim zu betrachten.

Türkei. Der türkische Hofratsrat in Berlin, Iskan Bey, wurde nach amtlicher Meldung zum Gesandten in Madrid ernannt und durch den Hofratsrat in Wien, Hilmert-Bey, ersetzt. An dessen Stelle tritt der Petersburger Hofratsrat Fehribey Bey. — Zum Streit bei den anatolischen Bahnen wird der „Frank. Ztg.“ aus Konstantinopel vom 15. d. Mes. gemeldet, die Angelegenheit der anatolischen Bahnen hätten abends ihre Direktion abgelehrt und in einer Depesche an den Großvezir angekündigt, sie würden anderen Tages unter eigener Direktion den Verkehr auf den anatolischen Bahnen aufnehmen und aus den Einnahmen die Bahnen und die erforderlichen Erhöhungen sowie die verlangte Garantien für einen Monat an alle Beamten befreiten. **Marokko.** „Algeres-Sanas“ meldet, daß El Menchbi das neu geschaffene Amt eines Rates des Sultans für Tanger erhalten hat. Suenob, Darmla und die Polizeipolizeo von Tanger bleiben in ihren Ämtern. — Wie aus Colomb Behar berichtet wird, gelten die militärischen Operationen als beendet. Die Truppen werden vom 23. bis 26. abteilungsweise nach Colomb Behar zurückgeführt.

Perthen. In den letzten Tagen fuhierte in den Städten Nord-Perthens der Zug eines angeblich von Ulemas an den Schah abgeordneten Delegationen, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Erhaltung des Islams und des Staates auf der Verfassung beruhe. In dieser Hinsicht hätte die Fürtel eine Verfassung einzuflüßeln. In Iran jedoch hätte die verfassungsmäßigen Grundgesetze, trotzdem sie von dem verstorbenen Schah gebilligt worden seien, einen ungünstigen Boden gefunden. Der Grund dafür liege in den Handlungen eigenwilliger Personen, die Vertreter des Glaubens und des Staates seien. Die gegenwärtige Regierung treffe der Reform, den gegenwärtigen Forderungen des Volkes nicht die erforderliche Unterfertigung genügt zu haben. Das habe die Herren hervorgerufen, bei denen viele Muselmänner Leben und Vermögen verloren hätten. Zum Schluß richtet die Ulemas die Bitte an den Schah, sobald als möglich zur Zusammenberufung des Parlaments zu schreiben, das den einzigen Ort der Ordnung und Gesehmäßigkeit bilde.

Australien. Das australische Bundesparlament wurde Mittwoch in Melbourne durch den neuen Generalgouverneur Carl Dudley eröffnet. Die wichtigsten Vorlagen betreffen die Organisation der Landesverteilung, die erforderliche Zustimmung der Bundesparlamentarier und die Verfassungsbänderung zum Zweck der Erweiterung der Kompetenz des Bundes, Straßöle auf australische Industrieprodukte zu erheben, wenn ungenügende Arbeitslöhne gezahlt werden.

China. Der chinesische Gesandte in Washington ist von seiner Regierung angelesen worden, den vorgeschlagenen Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika anzunehmen. Der Vertrag ähnet denen, die Amerika bereits mit einigen Mächten abgeschlossen hat.

Mittelamerika. Die Regierung von Venezuela hat nach einer privaten Meldung das Verbot der Einschiffung für die nach Curacao reisenden Passagiere zurückgezogen.

Deutschland.

Berlin, 17. Sept. Gelesen morgen begab sich das Kaiserpaar mit den Prinzen und der Prinzessin auf das Vorkriegs-Feld. Auf dem Felde meldete sich beim Monarchen der Militärbevollmächtigte für Petersburg Kapitän z. See v. Sinje. Gegen 12 Uhr empfing der Kaiser im Neuen Palais Professor Reichdoff zur Vorlage von Farbenskizzen zur Ausmalung der Kanzel im Dom, sowie den Porträtmaler Schwarz zur Vorlage von Portraitskizzen.

Nach der Frühstückstafel begab sich der Kaiser vom Neuen Palais nach Berlin, stattete dem Reichskanzler einen Besuch ab und arbeitete dann im königlichen Schloß. Gegen Abend traf die Kaiserin hier ein. Die Majestäten wuhnten später gemeinschaftlich der Vorstellung im Opernhause bei. Nach der Vorstellung begab sich der Kaiser im Automobil nach dem Stettiner Bahnhof und von dort im Sonderzug nach Station Werbellinsee. Der Monarch gedachte, im Zuge zu übernachteten und heute früh vom Zuge aus bei Hubertusstod auf die Birsch zu fahren. — Das Kronprinzenpaar ist gestern nachmittag zu einem zwei- bis dreitägigen Aufenthalt im Forsthaus Olberg bei Alten an der Elbe eingetroffen. Der Kronprinz begab sich sofort auf die Birsch.

— (Der Justizminister Dr. Beseler) und der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums Dr. Niedring sind vom Urlaub nach Berlin zurückgekehrt.

— (Staatssekretär Dernburg) hat an diesem Mittwoch die Zeitung des Reichscolonialamts wieder übernommen.

— (Ruden Bundesratsitzungen), die sich mit der Reichsfinanzreform beschäftigen sollen, wird sich aus München nicht nur der Finanzminister v. Pfaff nach Berlin bewegen, sondern auch der Ministerpräsident v. Podewils. Die „Frankf. Ztg.“ schließt daraus mit Recht, welches besondere Interesse die bayerische Regierung an den Beratungen über die Finanzreform nimmt, namentlich an der Elektrizitätssteuer. Am Mittwoch ist die Reichsfinanzreformvorlage als vertraulich zu behandelnde Drucksache dem Bundesrat zugegangen.

— (Von liberaler Einigung) wird in letzter Zeit auch im nationalliberalen Lager viel gesprochen und geschrieben. Aber jedes Mal, wenn man die Briefe liest, ist es ein Jungliberaler, der die Voraussetzung einer neuen liberalen Mittezeit richtig erkennt. Die „Alten“, die nun einmal die Führung haben, verwechseln gar zu gern das Wörtchen „national“ in ihrem Parteinamen mit „staatsbehaltend“, wobei der Staat so reaktionär, so vorwiegend wie nur möglich aufgebaut sein kann: Erhalten muß er werden. Ein trautes Beispiel dafür bietet zur Zeit Hessen. In Hessen kämpft man, wie in Preußen, ums Wahlrecht. Aber weit gefehlt, daß sich etwa die Nationalliberalen darauf besinnen, daß sie doch schließlich auch eine liberale Partei sein wollen: Statt mit den entschiedenen Liberalen sich zu einigen, um eine liberale Gestaltung der Staatsverwaltung zu erkämpfen, predigen sie unter Führung des Herrn v. Heyl — ausgerechnet in diesem Zeitpunkt des Wahlrechtskampfes — als U und D aller Politik den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die heftigen Landtagswahlen stehen vor der Tür. Und was tun die Nationalliberalen? Auf dem am 13. d. M. in Darmstadt abgehaltenen Parteitag erklärte Abg. Dr. Osann offiziell, daß seine Partei mit dem Zentrum in Mainz und Offenbach für die Landtagswahlen Wahlbündnisse abgeschlossen habe unbeschadet der Blockpolitik im Reichstage. Einen Sieg in diesen Städten über die Sozialdemokratie würde seine Partei als einen großen moralischen Erfolg betrachten. Schwer ist's, keine Satire zu schreiben.

— (Der Liberale Verein zu Leipzig) hat in seiner Mitgliederversammlung am 14. d. M. folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Liberale Verein zu Leipzig protestiert gegen die fortgesetzten Maßregelungen von Beamten wegen politischer Betätigung, insbesondere erhebt er Widerspruch gegen die unerhörte Maßregelung des Bürgermeisters Schüding, den man wegen freimütiger Kritik der Mißstände unseres Verwaltungswesens in Anlaufzustand versetzt hat. Ebenso verurteilt der Liberale Verein auf das entschiedenste das Vorgehen des Bayerischen Metall-Industriellenverbandes, der in einem Scheinverlaufe zur Kündigung der organisierten Angestellten angefordert hat. Der Liberale Verein zu Leipzig richtet darum an den Wahlverein der Liberalen und alle entschiedenen Liberalen im deutschen Reich die Aufforderung, für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Wahrung der Koalitionsfreiheit der Staatsbeamten und Privatangestellten mit allem Nachdruck einzutreten.

— (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der am 11. September stattgehabten Reichstagsersatzwahl im 2. Braunschweiger Wahlkreise wurden insgesamt 24 527 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Hofbesitzer Kleve-Vertheim (nat.) 11 422, Maurer Riefe-Braunschweig (Soz.) 7190, Notar Dedeind-Braunschweig (Welfe) 5912 Stimmen; zerstreut waren drei Stimmen. Es hat also Stichwahl zwischen Kleve und Riefe stattgefunden.

— (Die Heranziehung der Landlehrer zur konservativen Agitation) hat auch der Landtagsabgeordnete für Zerichow, v. Wulffen, am letzten Sonntag im Verein der Konservativen im Kreise Zerichow empfohlen. Er meinte, daß nach seinen Erfahrungen die Lehrer auf dem Lande meistens konservativ gewonnen seien, und daß man diese Herren zur Mitarbeit heranziehen müsse. Um die Lehrer für seine Partei einzunehmen, pries Herr v. Wulffen die

von den Konservativen angebotene und lebhaft vertretene Gleichstellung der Landlehrer mit ihren Kollegen in den Städten. Wie diese Gleichstellung vollzogen werden soll, darüber scheint Abg. v. Wulffen nichts gesagt zu haben. Insbesondere hat ja Abg. Kahard das konservative Programm in dieser Beziehung schon ausgeplaudert: man will nicht etwa die Städtischen Gehälter erhöhen, sondern umgekehrt die Besoldung der Stadtlehrer entsprechend zurückschrauben. Um nach Möglichkeit diese edle Absicht zu verschleiern, hüten sich die Junter, irgendwie bestimmte Gehaltsätze zu nennen, und sie veranlassen auch die Gleichstellungsfreunde unter der Lehrrschaft daselbe zu tun. Das erschien mir aus einer Veranlassung der im Zerichower Kreis gegründeten lokalen Gruppe der „Vereinigung von Freunden der Gleichstellung aller Volksschullehrer in Preußen“. In dieser Versammlung, die einen Tag vor der Sitzung des konservativen Vereins stattfand, stellte man sich auf den Boden des bekannten freikonservativen Vortrages zur Besoldungsreform. Es wurde aber an einem vorliegenden Antrag Magdeburg-Umgegend, betreffs Erhöhung der Lehrgeldder Gehälter bemängelt, daß die Antragsteller darin zahlenmäßige Forderungen aufgestellt hatten. Die Zerichower Gleichstellungsfreunde bemerkten dazu, daß das nur sächlich wirken könne.

— (Eine rednerische Entgleisung) nahm die „Köln. Ztg.“ in einem offenbar inspirierten Berliner Telegramm eine Äußerung, die der vielgenannte Abg. v. Liebert, der Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, auf dem Sedanfest des Alldeutschen Verbandes in Potsdam gemacht haben soll. Er sagte nach der Potsd. Tagesztg.: „Sedan bedeutet auch den Sieg des Germanismus über das Romanentum. Mit Sedan wurde die französische Welt Herrschaft gebrochen, und Deutschland begann Weltmacht zu werden. Ferner bedeutet Sedan den Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus, vor allem aber schuf es uns das protestantische Kaiserium und brachte uns das einst verlorene Land an den Vogesen wieder.“ Hierzu schreibt die „Köln. Ztg.“: „Wenn diese Worte wirklich gefallen sind, so würden wir sie lebhaft bedauern; denn die Schlacht von Sedan war kein Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus, sondern ein Sieg deutscher — katholischer und protestantischer — Soldaten über das französische Heer. Das Kaiserium aber, das aus diesem Siege entstanden ist, ist kein protestantisches, sondern ein deutsches.“ Gegenüber den Blättern des Zentrums, die jene Äußerung von Liebert zum Anlaß nahmen, hat über die konfessionelle Hege zu klagen, weist die „Köln. Ztg.“ darauf hin, daß General v. Liebert nicht zum ersten Male rednerisch entgleist ist.

— (Zu der Ausweisung des französischen Journalisten Kübler) aus Gieseb-Bohringen wird der „Köln. Ztg.“ aus Straßburg unter anderem geschrieben: Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß die Ausweisung des Herrn Kübler nicht gerade wegen seiner Tätigkeit als Korrespondent des „Petit Parisien“ erfolgt ist, daß sie aber gleichwohl sehr begründet ist. Der „Petit Parisien“ machte zu Anfang des Jahres bekanntlich viel von sich reden durch einen Artikel: „Les Alsaciens-Lorrains et l'espionnage“ aus der Feder eines Herrn Girard.

— (Über die militärische Haltung des letzten südwestsibirischen Truppentransports) in Antworten war in einer Zuschrift an die „Voss. Ztg.“ bittere Klage geführt worden. Auch der „Tägl. Rundschau“ wird aus einer Quelle, die im übrigen die Mitteilungen in dem freimüthigen Blatte als Übertreibungen bezeichnen möchte, angegeben, daß zwei Strafzüge in Antwerpen ausgebrochen seien. Nach der „Kreuzztg.“ ist über die angeblichen Ausschreitungen von dem Oberkommando der Schutztruppe sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet worden. Schon jetzt soll feststehen, daß es sich um Übertreibungen handele. Daß mehrere hundert Mann betrunken in den Straßen herumtorkelt seien, sei schon deshalb unwar, weil der ganze Militärtransport nur dreihundert Mann betrug und nur beschränkte Verlaubungen an Land erfolgen. Die Nachricht von den zerlumpten Uniformen scheint auch keineswegs den Tatsachen zu entsprechen, da bestimmungsgemäß Verlaubungen nur in tadellosem Anzug erfolgen dürfen. Es könne sich nicht um Verlesungen des ganzen Transports, sondern höchstens um Ausschreitungen einzelner handeln. — Aber auch das wäre schon schlimm genug!

— (Aus den Kolonien.) Eine Zollverordnung für Deutsch-Neuguinea, die vom 10. Juni datiert und am 15. Juli d. J. in Kraft getreten ist, wird im „Deutschen Kolonialbl.“ veröffentlicht. Danach unterliegen einem Einfuhrzoll Tabak und Tabakfabrikate, sowie Weine, Biere und Spirituosen. Ferner unterliegen alle eingeführten Gegenstände einem 10proz. Wertzoll, so weit sie nicht ausdrücklich für zollfrei erklärt sind. Zu den zollfreien

Gegenständen gehören alle diejenigen, die vom Gouernement, von der Marine- und Reichspostverwaltung sowie von den christlichen Missionen um, für ihre Zwecke eingeführt werden, ferner u. a. wissenschaftliche und medizinische Instrumente, Transportmittel, Maschinen, Handwerkszeuge, Brennstoffe, Zucht- und Mastiere, Bücher, Särge und Grabsteine. Einem Ausfuhrzoll unterliegen Kopal, Trepan, Schildpatt, Schildkrötenhäute, perlenthaltige Muscheln, Wägel und Federn von Paradiesvögeln und von Kronantzen. — Die portugiesisch-deutsche Grenzexpedition, der deutscherseits Hauptmann Schobach vorstand, der von Dr. Carlens begleitet wurde, hat nunmehr, nach der „Deutsch-Ostafrikanischen Ztg.“, die Grenzfeststellung zwischen Deutsch- und Portugiesisch-Ostafrika beendet. Es handelt sich noch um eine Strecke von 60 Kilometern, deren einer Endpunkt der Komuna selbst ist, der andere, Kas Lipun, liegt 1 1/2 Kilometer südöstlich vom Kap Delgado am Meer. Die Grenze ist durch Steine, die im allgemeinen einen Kilometer von einander entfernt sind, festgelegt. Außerdem läuft über die Grenze eine durch den Wusch geschlagene 10 Meter breite Barra-Barra.

Lokalnachrichten.

** Die pünktliche Lieferung der Zeitungen auf der Post hat eine Anordnung des Reichs-Postamts zum Zweck, die eine neue Fassung erhalten hat. Sie betrifft die Behandlung ausbleibender Zeitungen bei den Postagenturen. Es läßt sich also kein Abkommen von einem Postboten mit der Lokale abgeben: „Es ist feins gekommen.“ In diesem Falle hat die Agentur das fehlende Stück sofort zu reklamieren und der Abnehmer muß dann spätestens am nächsten Tage in der Post seines Exemplars kommen. Das alles sind aber Ausnahmen, im großen ganzen ist die Bestellung ja eine pünktliche, wie zum Lobe der Postanstalten und Postboten gesagt werden muß. Bei wiederholten Fehlen kann man dies der Expedition melden, die dann die Sache von dem Ursprungspostamt aus untersuchen läßt. Das Fehlen hat dann vielleicht einen anderen Grund.

Die Handwerkskammer zu Halle hat ihren Jahresbericht veröffentlicht. Es fanden vom April 1907—1908 drei Vollversammlungen und 21 Vorstandssitzungen statt. Der Vorstand nahm außerdem an drei auswärtigen Konferenzen der Vereinigung mitteldeutscher Handwerkskammern und an den Verhandlungen des Allgemeinen deutschen Innungs- und Handwerktages in Gießen und des VIII. deutschen Handwerks- und Gewerbeinnungstages in Straßburg teil. Delegierte wurden auch noch zu anderen auswärtigen Verhandlungen entsendet. Der Geschäftsvorbericht hat auch im verfloffenen Geschäftsjahre ganz erheblich zugenommen. Die eingehenden Schriftstücke stiegen von 9536 auf 10 457, die Ausgänge von 11 625 auf 14 678, die mündlichen Auskünfte von 588 auf 1091. Der Rednungsbilanz zeigte in Einnahme 59 764,10 M., in Ausgabe 44 607,10 M., also Überschuß 15 157 M. Der Voranschlag betrug 40 200 M. Der Haushaltsplan für das laufende Jahr ist auf 45 500 M. festgesetzt. Die Kammerbibliothek ist gut besetzt und enthält alle Wissenswerte. Das amtliche Organ, die „Mitteldeutsche Handwerkszeitung“, erscheint in einer Auflage von 4000—5000. Der Bericht bringt sodann Interessantes über Innungen, Innungsausgänge, wahlberechtigte Gewerbevereine und Vereinigungen, Innungsschiedsgerichte. Die Zahl der Innungen im Kammerbezirk (Regierungsbezirk Merseburg) stieg von 493 auf 496. Neue Innungen erlanden in Amberg, Osterwerda, Hohlleben, Zörgau, Wettin und Wittenberg; aufgelöst haben sich dagegen Innungen in Zörgau, Canawaur und Jessen. Innungsausgänge befinden sich in Giesleben, Halle, Herzberg, Dierfeld und Zeitz. Es gibt 23 wahlberechtigte Gewerbevereine und Vereinigungen, neu hinzugegetreten sind zwei in Halle. Ein neues Innungsschiedsgericht hat sich in Gerstfeld gebildet. Unter den 496 Innungen sind 61 Zwangsinnungen, alle übrigen sind freie. Halle zählt 11 Zwangsinnungen mit 1293 Mitgliedern und 12 freie Innungen mit 626 Mitgliedern. Der Bericht geht dann auf die Tätigkeit und die Vertretungen der Handwerkskammer ein. Im Punkte Verhandlungen sind mitgeteilt werden, daß im Jahre 1907 insgesamt 3560 Innungs- und 1660 Nichtinnungslehrlinge zur Anmeldung gebracht wurden. Von 35 Gefuchen um kürzere Lehrzeit wurden 23 genehmigt; hier sprach bessere Schulbildung und höheres Alter mit. Im Kammerbezirk bestehen in 64 Städten gewerbliche, vom Staat unterstützte Fortbildungsschulen, eine in Querfurt, die nicht vom Staat unterstützt wird, vier, deren launmännliche Klassen angegliedert sind, 13 Berufsschulen der Mansfelder Gewerkschaft, eine Werksschule der Aktiengesellschaft Lauchhammer, 20 Innungsschulen, darunter in Naumburg allein acht, dazu noch drei Vereinschulen. Der Hauptberuf der Kammer war an 89 Tagen im Außendienst beschäftigt

er besuchte 109 Städte bzw. Dörfer und residierte 4411 Handwerksbetriebe. Ausländer hatten im Kammerbezirk insgesamt 8094 Lehrlinge bei Innungsmeistern und 1351 bei Nichtinnungsmeistern. Davon bestanden 14 die Gesellenprüfung nicht. Die Kammer hat in 20 Städten 438 Lehrlingsaufschüsse errichtet. Der Gesellenaufschuß wurde zu allen drei Vollveranlagungen zugezogen. Das Ehrenlohn für 25 jährige ununterbrochene Tätigkeit in denselben Betriebe konnte je einmal verliehen werden. Der Bericht bringt dann noch eingehendes über die selbständigen Handwerker. Von 256 Meistern bestanden 12 die Meisterprüfung nicht.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 16. Sept. 1908. Die heutige Sitzung, der wieder einmal eine Anzahl Zuförer beizutreten, wird vom stell. Stadtverordneten-Vorleiter Gempel mit der Mitteilung eröffnet, daß der Magistrat die neue Polizeileitungsstelle dem Unteroffizier d. R. Friedrich Gatz aus Chemnitz unter den üblichen Bedingungen (1200 Mk. Gehalt, 150 Mk. Wohnungszuschuß, 50 Mk. Kleingeld und sechsmonatlicher Probefristzeit) übertragen hat. Die Tagesordnung wird hierauf wie folgt erledigt:

1. Entlastung der Rechnung der Kinderbeschauanstalt der inneren Städte für 1906. Berichterstatter Stadt. G. Hardt. Die Kasse balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 3205,06 Mk., gegen den Etat 262 Mk. weniger. Der Zufuß aus der Stadtkasse betrug 2480 Mk. Der Berichterstatter hebt hervor, daß der Aufwand in jedem Jahr geringer wird, daher auch die Verbindungen für diese. Die Entlastung wird erteilt. Den Vorsitz übernimmt der Stadtverordneten-Vorleiter Boege unter Bekanntgabe folgender Mitteilungen: a) Der Oberpräsident hat den Antrag für das Sparstatut betr. Aufnahme des Überweilungsverkehrs genehmigt. b) Der Magistrat hat sich an das Direktorium der Reichsbank in Berlin mit dem Antrag gewandt, die Bedingungen für die Errichtung einer Reichsbankniederstelle in Merseburg mitzuteilen. Die Reichsbank hat darauf erwidert, daß sie nach erneuter Prüfung die Notwendigkeit der Errichtung einer Reichsbankniederstelle hier nicht anzurechnen vermöge, da infolge der vorliegenden Eisenbahnverbindungen nach Halle und Weißenfels die dortigen Reichsbankniederstellen begünstigt werden können, wodurch eine weitere Niederstelle in Merseburg nicht lebensfähig sein würde. Der Magistrat hat darauf beschlossen, durch den hiesigen Verkehrsverein neues Material sammeln zu lassen und dann erneut einen entsprechenden Antrag zu stellen. — c) Die Zinsen der Kriegsanleihen

Stiftung im Betrage von 150 Mk. sollen an drei Kaufmannslehrlinge zu je 50 Mk. verteilt werden. — d) Den Stadtverordneten wird von der Verlagsbuchhandlung Wibel in Dortmund die Anschaffung eines Buches über die Vertunghescheiter empfohlen. a) Von den Stadtverordneten-Vorleiter ist ein Schreiben eingegangen, worin sich ein Aufführer der Genzwind gegen das System Joppelin wendet. Es wird abgelehnt. Hierauf wird in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren. 2. Bericht der Kinderbekommission über die Statuten des diesjährigen Kinderfestes. Berichterstatter Stadt. Rügom. Die Ausgaben betragen 1798,07 Mk. gegen den Etat 33,93 Mk. und gegen das Vorjahr 87 Mk. weniger. Der Nettogewinn aus der Stadtkasse betrug 1556 Mk. Die Entlastung wird erteilt.

3. Erlaß eines Statuts über die Straßenreinigung. Berichterstatter Stadt. Meyer. Die auf Antrag des Stadt. Graul wegen Übernahme der Straßenreinigung in städtische Regie eingelegte Kommission hat nach eingehender Beratung beschlossen, sich gegen eine Übernahme der Straßenreinigung durch die Stadt zu erklären, da 1. die entstehenden Kosten in keinem Verhältnis zu den evtl. Einnahmen stehen und 2. die vorgebrachten Mängel auch durch die einheitliche Straßenreinigung nicht beseitigt werden. Weiter erklärt sich die Kommission auch gegen die Einführung bzw. einheitliche Regelung der Müllabfuhr, da durch diese die Mängel ebenfalls nicht beseitigt werden können. Die Kommission ist vielmehr dahin schließig geworden, die Straßenreinigung wie bisher von den Anliegern unter polizeilicher Kontrolle ausführen zu lassen. Da sich nun Anliegern von alten Straßen, namentlich solchen, die bisher Privatstraßen waren, gemeldet haben, die Straßenreinigung auszuführen, so soll diese Pflicht durch ein neues Ortsstatut geregelt werden. Der Berichterstatter bringt diese zur Verlesung. Darin wird die Straßenreinigung den Hauseigentümern auferlegt und zwar bis zur Mitte des Fahrweges inkl. des Bürgersteiges. An öffentlichen Plätzen hat die Reinigung bis 7/2 m vom Grundstück entfernt zu geschehen. Ebenso ist das Gras innerhalb dieser Grenze zu beseitigen, ferner Eis und Schnee, sowie Sandstreuen usw. zu übernehmen. Die Reinigung ist so auszuführen, daß sie den polizeilichen Vorschriften entspricht. In das Ortsstatut einbezogen sind alle Straßen, welche innerhalb der Bebauungsgrenze liegen. Wird die Reinigung nicht ordnungsmäßig ausgeführt, so wird diese von dritter Seite beordert und die Kosten auf dem Wege des Zwangsverfahrens eingezogen. Der Magistrat hat das Ortsstatut genehmigt. In der Debatte bemerkt Stadt. Frauenheim, daß auch er durch die Mißerfolge, die die Stadt Halle bei der einheitlichen Straßenreinigung erfahren hat, zu der Ansicht gekommen sei, von dieser die Hand zu lassen. Mit Rücksicht auf unsere finanziellen Verhältnisse muß auch von einer städtischen Müllabfuhr Abstand genommen werden. Er bittet um Bekanntgabe der Auskünfte

von anderen Kommunen. Stadt. Meyer teilt diese mit; dieselben lauten sämtlich wenig ermutigend. Der Berichterstatter erwidert darauf nochmals, von den beiden Anträgen Abstand zu nehmen, da sie in hygienischer und finanzieller Hinsicht wenig befriedigend wirken dürften. Die Müllabfuhr kommt in den Straßen fast in Verfall und Hindernis bilden. Auch bei Merseburg für eine einheitliche Straßenreinigung und Müllabfuhr noch zu sein. Stadt. Frauenheim ist von den Auskünften wenig befriedigt. Nur Zeit könne in Betracht kommen, wo die Müllabfuhr jedem Hauswitz freigestellt wird. Ein Verfallsbündnis bei der Müllabfuhr anzunehmen sei noch anzusehen, da die Müllabfuhr wenig geregelt ist. Die Veranlagung genehmigt hierauf das Ortsstatut, wodurch die beiden früheren Anträge des Stadt. Graul abgelehnt werden.

4. Abänderung des Sparstatuts hinsichtlich der Verzinsung der Einlagen. Berichterstatter Stadt. Döbtkowig. Der Regierungspräsident hat an alle Veranlagungen mit Sparfassen ein Schreiben geschickt, worin mitgeteilt wird, daß der Oberpräsident seine Bedenken gegen die in den Sparfassenstatuten die Bestimmungen aufzunehmen, die den Magistrat ermächtigt, den Zinssfuß für Spareinlagen zwischen 3 und 4 Prozent festzusetzen, um so den Bedürfnissen des Geldmarktes rasch gerecht zu werden. Der hiesige Sparfassenvorstand hat sich hiermit einverstanden erklärt und das Statut dementsprechend abgeändert. Die jeweilige Änderung ist sofort öffentlich bekannt zu machen. Um die Spareinlagen zu erhöhen, hat der Sparfassenvorstand weiter beschlossen, die Verzinsung sofort mit dem Tage der Einzahlung eintreten zu lassen, und diese mit dem Tage vor der Abhebung zu beenden. Dies war bisher nicht der Fall, sondern die Verzinsung trat erst am 15. bzw. 1. eines Monats ein. Die Neuerungen bezeichnen der Berichterstatter als sehr nützenswert, da sie eine Handhabung gegen das weitere Umfingreifen des Einflusses der Großbanken auf dem Geldmarkte bieten. Weitere Erleichterungen sind vom Sparfassenvorstand geplant. Die Abänderung wird genehmigt.

5. Auf Antrag des Berichterstatters Stadt. Günther erklärt die Veranlagung zu dem Verkauf einer Parzelle an den Eisenbahnhäuser zur Verlegung des Schiefweges an der Mauer in der Größe von 1,20 Mr zum Preise von 300 Mr für ein A. ihre Zustimmung. Für zwei Obstbäume, die hierbei mit in Betracht kommen, werden 40 Mr gefordert.

6. Verkauf eines Landstreifens zum Ausbau des Weges nach Genz. Für die Anlage eines Entwässerungsgrabens ist die Abtrettung eines 1 Meter breiten und 90 Meter langen Landstreifens an der Nordseite des Weges nötig. Der Preis beträgt 40 Mr pro Quadratmeter. Als Sachwalterin des Bergischen Stipendienfonds, dem das Land gehört, gibt die Veranlagung zu dem Verkauf ihre Zustimmung.

(Fortsetzung auf der Beilage.)

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Auktion.

Sonnabend den 19. September vormittags 9 Uhr fallen in allen Schichten:

1 Partie neue Kleiderstoffe ausschließlich meistbietend versteigert werden.

Richard Krampf.

Eine Wohnung, Küche, Bad und reichliches Zubehör, sofort zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Wohnung ist an ruhige Leute zu vermieten und 1. Januar 1909 zu beziehen. Preis 138 Mk. **Gottbardstraße 18.**

Drei Wohnungen

in der Glogitzauerstraße im Werte von 360,—, 400,— und 420,— Mk. jährlich, sind per 1. Oktober zu vermieten.

Bruno Hofmann,

Baugeschäft, Meißenerstr. 3.

Eine kleine Stube an einzelne Frau zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen. **Reinhardt 70.**

Möbliertes Zimmer mit Kabinett sofort zu vermieten **Gottbardstraße 34**

Anständige Schlafstelle offen **Krautzstraße 1.**

Ich beabsichtige mein

Wohnhaus

mit Garten, Stallung, Scheune und 2 1/2 Morgen Feld sofort zu verkaufen. Günt. Gelegenheit für Sattler, da Feiner am Plage. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Wohnhaus

in bestem baulichem Zustande und schöner Lage ist sofort zu verkaufen. Anschlagung 5—6000 Mk. Auskunft erteilt

Richard Krampf.

Beabsichtige mein

Grundstück

in bester Lage der Stadt, nur seit ca. 30 Jahren der Verkauf von Kolonialwaren, Materialwaren und Spielwaren betrieben wird, möglichst bald zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Wohnhaus oder Villa

nebst Fabrik oder Bauplatz zu kaufen gesucht. Weliger-Herr ohne große Belastung an **Ang. Wehmann,** Berlin-Weidenau, Reinhardtstraße 92.

23 000 Mark Kapital

zur 1. Stelle auf neuerbautes Geschäftsbau- und Zinshaus, 85 000 Mark Grundbesitz, sofort gesucht. Offerten unter U 100 bitte an die Exped. d. Bl. abzugeben.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Verstorbenen, des Sekretärs

Hermann Bank

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie seinen Herrn Vorgesetzten und Kollegen, desgleichen den Herren Beamten der Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät unsern herzlichsten Dank.

Witwe **Luise Bank** und Kinder.

Prima Rossfleisch!

ff. Würst, Sauerbraten und Röllschinken
Reinh. Möbius, Hofschlächterei, nur Delgrube 5.

Telephon 340.

2 große Keller

(für Obst und Kartoffeln gut geeignet) preiswert zu verpachten **Burckstraße 13.**

Kinderwagen und verstellbarer Kinderklappstuhl

zu verkaufen **Glogitzauerstr. 30, Hinterhaus.**

Hundehütte

zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Blattes.

Einige Paare Lachtauben sowie zwei Käfige

zu verkaufen **Vallestraße 15, Hof.**

1 Stüb mit dem Kalbe

verkauft **Rößen Nr. 4.**

Eine kleine Ziege

ist zu verkaufen **Benien Nr. 13.**

Ausgekämmtes Damenhaar

verkauft **Alfred Kluge, Freisitz, Bahnhöfstr. 10.**

Prima frisch geschlachtetes fettes Rindfleisch

a Vfd. 30 Pfg.

W. Naundorf,

Leiser Keller 1.

Salte jeden Sonntag mit

Neuflädler Kartoffeln

am **Rossmarkt.**

Hochachtungsvoll

Hermann Neutzsch.

Empfehle auch Kartoffeln zum Winterbedarf.

Futterrüben,

Speise-Kartoffeln, Nr. 2, 75 Mk.,

M. Benemann.

Winter-Aepfel

a Storb von 60 Pf. an bis 2,50 Mk. verkauft

Frau Hartung,

Oßbude Meißner hinterm Hofbau.

Auch sind dafelbst ein **Stiegenbad** und eine junge **Schweizerziege** zu verkaufen.

Damen

bäute befestigt im Nu schmerzlos Pulver „Olin“ a 1,50 Mk.

Richard Kupper, Central-Drögerie.

Torfstreu,

Torfmuld

in Wallen empfiehlt

Eduard Klaus.

Gr. Geld-Verlosung

der Staats-Eisenbahn-Lose etc.

Wöchliche

Verlosung am **1. Oktober**

zur das ganze Deutsche Reich

durch Reichsgesetz genehmigt.

6 Treffer a

480 000 Mark

6 Treffer a

240 000 Mark

6 Treffer a

48 000 Mark

6 Treffer a

45 000 Mark

2 Treffer a

30 000 Mark

6 Treffer a

20 000 Mark

12 Treffer a

16 000 Mark

und über 45 000 Treffer von

15 bis ca. 12 000 Mk.

Im ganzen werden verlost ca.

10 Millionen Mark

unter staatl. Aufsicht und Garantie.

Garantie Geld zurück kostenfrei

bei ungel. Rückföng.

2 Nummern für 4 Mark

4 Nummern für 8 Mark

Bei Nachm. 40 Pf. Porto-Zuschlag.

Ziehungsliste gratis und **franko.**

Bestellung **ungebend** erbeten an

die **Offerten-Vermittelstelle**

Ernst Lösche,

Hamburg 23.

Wesere dauerhaftes

Waschgefäß

sowie repariere billig.

H. Wengler, Preußnerstraße 10.

Die neue **Verstell- der Baumhäuser**

und des **Alpengartens** Sögen bei Merseburg teilt Jedermann **unentgeltlich** zu Diensten. Preise wegen Massenansucht **billigst.** Gärtner und Auftragsammer **Wabert.**

Kopfkäse!

Damen. **Stilbe** befestigt radikal „Diskret“ a 50 Pfg.

Richard Kupper, Central-Drögerie.

Engros Otto Dobkowitz, Merseburg, En detail

Telephon 58

Entenplan 11 (früher 3).

Gründung 1889

Grosse Eingänge von Neuheiten für Herbst u. Winter

in hervorragend schönen

Damen-Kleiderstoffen, Blusen und Kostümstoffen, Seidenstoffen, Besätzen,

Damen- und Kinder-Konfektion.

Kostüme, Blusen, Röcke, Kleider, Morgenröcke, Jupons.

Ich bitte die Auslagen in meinen Schaufenstern zu beachten.

Auguster
Salattartoffeln
empfiehlt
C. Tauch, Preußerstraße 4.

Fritz Schanze

empfiehlt
1a. deutsche Haformastgänse,
junge Hähnchen,
junge starke Masttauben,
frisch geschossene Rebhühner,
blutfrisches Rehwild.

Junge Vierländer Gänse u. Enten,
hochfeinsten Astrachaner Kaviar,
Straßburger Gänseleber-Pasteten,
Lüneburger Neunaugen und Brat-
heringe,

fließend fetten ger. Silberlachs,
echten Magdeburger Sauerkohl,
hochfeinstes Hasenpöttefleisch,
feiner und wohlgeschmeckender wie Corned-
Beef.

frische sehr süße Tafeltrauben,
frische Pfirsiche
empfiehlt
C. L. Zimmermann.

Rebhühner

frischgeschossene
junge von 80 Pf. an, alte 90 Pf.
feinste Dresdener u. hiesige Gänse,
junge Enten, Hähnchen, Tauben,
Kochhühner,
böhmische Spiegeltarpfen, Schleie,
Aale, Hechte,
schwed. Preiselbeeren, hochf. Ware,
ital. Weintrauben
a Pfund 30 Pf., a Kiste Mk. 1,10
empfiehlt
Emil Wolff.

Rauch-Klub „Brasil.“

Sonntag den 20. September, von
nachmittags 3 und abends 8 Uhr an,

Serbst-Ball

im Stadthaus „Casino“.
Unsere sonst eingeladenen Gäste,
Freunde und Gönner, welche mit
Einladung übergegangen worden sind,
ladet hierdurch freundlichst ein
Der Vorstand.

Ritzendorf.

Sonntag den 20. September, von nach-
mittags 3 Uhr ab, ladet zum
Ermiedankfest
freundlichst ein
Ch. Gurkhardt.



Dr. Crato's Jugberkuchen.

Zutaten: 150 gr. Syrup, 80 gr. Butter, 80 gr. Zucker, 1/8 l. Wasser, 2 Teelöffel
gemahleneu Jngber, 250 gr. Mehl, 1 Ei.
Zubereitung: Alles gut durcheinandermengen; zuletzt 1/2 Päckchen Dr. Crato's
Backpulver unter die Masse mischen. — Backzeit 3/4 Stunde.

Stratmann & Meyer, Bielefeld.

Alleinige Fabrikanten von Dr. Crato's Backpulver, Puddingpulver etc. &

Für jedes Gesicht

einen Keidamen Gut
in modernster Ausführung
bei billigster Preisberechnung
finden Sie nur im Damenputz-Geschäft
B. Pulvermacher, fl. Ritterstr. 12.
Bestellungen u. Modernisierungen erbitte baldigt.

MIGNON-

KAKAO

SCHOKOLADE



p. Pfund
160, 180, 200 u. 240 Pfg.

p. Tafel
20, 30, 40, 50 u. 60 Pfg.

Alleinige Fabrikanten:
David Söhne
A.-G.

Halle a.S.
Verkaufsstellen durch
Plakate kenntlich.

Nordsee-Fischhalle,

Telephon 333. Merseburg. Entenplan 9.

Täglich große Sendung

frischer Seefische:

Schellfisch, Kabeljau, Seelachs, Schollen, Austernfisch,

Rotbarsch, Zander.

Aus der Räuchererei empfehle

feinste Kieler Räucherwaren:

Bücklinge, Aale, Lachs, Forellstör, Heilbutt, Lachsheringe,
marinierte Heringe (von neuem Fang), Senfgurken,
saure Gurken, Pfeffergurken sowie alle Delikatessen etc.
Wiederverkäufern und Gastwirten Engros-Preise.

F. Carl Siebert.

Bienenhonig

feinster heller Qualität empfiehlt
O. Trächner, Unteraltendorf 50.

Kretschmers Restauration.

Sonnabend
Schlachtefest

Herzog Christian,

1 Treppe.

Welt-Panorama.

Mexiko mit seinen Hauptstädten.
Magatlan, Acapulco, Manzanilla.
Das Leben und Treiben der
Eingeborenen.

Eine herrliche Reise.

Hubold's Restauration.

Sonntags
Schlachtefest.

Schlachtefest.

Sonntags
Schlachtefest.

F. Peege, Weiße Mauer 10.

Berkaufe Freitag von nachmittags 4 Uhr an
frische Wurst.

Sonnabend von früh an
Schweinefleisch, Schmeer
und fettes Fleisch

Müllerstraße 6.

Wer errettet
Unterricht
im Gitarrespiel?

Offerten unter WRM an die Exped.
d. Blattes.

Solider, tüchtiger Arbeiter

für längere Gartenarbeit sofort gesucht
Hittergat Traaritz.

Sausburtschen

von auswärts sucht zum 1. Oktober
Paul Elkner, Konditorei.

Ein Buecht

wird sofort gesucht Oberbuna 11

Lernende Verkäuferin

sucht B. Pulvermacher, fl. Ritterstr. 12.

Sauberes, fleißiges

Dienstmädchen

wird bei gutem Lohn für den 1. oder 15.
Oktober gesucht. Frau L. Schiebel,
Zuckerfabrik Körbisdorf.

In einem Stutzhaushalt (3 Personen)
nach auswärts wird ein

erfahrenes Mädchen

bei gutem Lohn gesucht. Meldungen in
der Exped. d. Bl.

Sauberes fleißiges Mädchen als

Aufwartung

für den ganzen Tag sofort gesucht
fl. Ritterstraße 11, im Laden.

Aufwartung

zum 1. Oktober gesucht.

Frau Jenny Kops, Meißnerstr. 17 II.

Aufwartung

für gleich oder 1. Oktober gesucht
Karlstraße 9, part.

Ein neuer Sammelreisefen
ist verloren worden. Bitte abzugeben bei
Frau Reinhardt, Clarabe 25.

Hierzu eine Beilage.

Provinz und Umgegend.

† Naumburg, 17. Sept. In den letzten Tagen sind hier mehrere Fälle von Typhus vorgekommen. Die Kranken mühten im Krankenhaus untergebracht werden. Auch aus einem Nachbardorfe sind Erkrankungen an Typhus gemeldet worden.

† Delitzsch, 15. Sept. Gestern feierte der in deutschen Feuerwehrcorpsen wohlbekannte Branddirektor Dr. C. Dittus Schulze hier selbst seinen 70. Geburtstag. Er hat sich um das Feuerlöschwesen in hohem Grade verdient gemacht und war viele Jahre Vorsitzender des Verbandes freiwilliger Feuerwehren Deutschlands.

† Magdeburg, 17. Sept. In hiesigen maßgebenden Kreisen besteht der Plan, in Magdeburg einen Zoologischen Garten zu errichten. Es haben in dieser Angelegenheit bereits Konferenzen stattgefunden. Das Projekt, das ein Berliner Architekt ausgearbeitet hat, und mit dem er gerade jetzt an die kapitalstärksten Kreise Magdeburgs herantritt, begegnet lebhafter Sympathie. An leitender Stelle hat man den Architekten zugewandt, den Plan energisch zu fördern. Schwierigkeiten entstehen jedoch wegen der Platzfrage. Das Vorhaben kommt, wie verlautet, für die Anlage eines Zoologischen Gartens nicht in Betracht, da die Strombauverwaltung wegen der Vorflutverhältnisse schwere Bedenken erheben würde.

† Aich, 16. Sept. Die Folgen der Kollerwiesenschwärme, von welchen im Juli die hiesige Gegend heimlich wurde, treten nun in geradezu erschreckender Weise in die Erscheinung. In der Frenzburger Gegend wurden innerhalb weniger Tage ganze Strecken fahlgereiften. Bei Dambach begannen die gefährlichen Tiere, als sie keine Nahrung mehr fanden, zu wandern. Umweit der Stadtgrenze überzogen die Raupen zu Millionen die Landstraße; diese war mehrere Stunden hindurch der ganzen Breite nach und in einer Länge von 100 Metern wie mit einem Teppich bedeckt. Das Passieren dieser Straße war an jener Stelle nur durch einen selbsthätigen, schlüpfartigen Weg der toten Raupen möglich. Als das Heer dieser gefährlichsten Schädlinge die Eisenbahnschienen überdeckte, mußte eine ganze Anzahl Züge aufgegeben werden, welche die Raupen von den Gleisen entfernen mußten, da durch die drücker Masse der gerateten Raupen die Achsen des Zuges nicht mehr weiterkriechen. Die Raupen wandern von Feld zu Feld; ihr Weg bedeutet überall gänzliche Verwüstung.

† Dessau, 16. Sept. Heute wurde von der hiesigen Kriminalpolizei eine aus fünf Schülern bestehende Diebesbande ausgemacht, welche, soweit bis jetzt festgestellt, mindestens sechs Einbruchsdiebstähle begangen hat. An der Spitze der Bande stand ein Schüler der städtischen Handelsschule. Auch sieben Mitschuldigen sind durchweg Eöhne aus achtbaren Familien.

† Leipzig, 16. Sept. Die Stadtverordneten hier selbst wählten heute den Bürgermeister Friedrich Nothe in Sietzin mit großer Mehrheit zum zweiten Bürgermeister unserer Stadt.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 18. September 1908.

** (Personalnotiz.) Der Katasterlandmesser Tacke hier wird vom 1. Oktober d. J. ab als Katasterkontrollleur nach Berlin in das Finanzministerium versetzt.

** Unsere letzte Einquartierung, zwei reitende Batterien des Pargauer Feld-Artillerie-Regiments Nr. 74, verließen am Donnerstag vormittag nach Mühlisgöhring Merseburg und marschierten nach ihrem Garnisonort Wittenberg weiter. — Eine besondere Ehrung wurde am Donnerstag vormittag einem hiesigen Bürger, dem langjährigen Wachmeister im 12. Infanterie-Regiment, Herrn Jinsly von seiner früheren Schwadron erwiesen. Das Trompeterkorps brachte dem verdienten Soldaten ein Ständchen und der Schwabensöhne nahm mit der 5. Schwadron, die in Gersa einquartiert war, vor dem Hause des Herrn Jinsly, Markt Nr. 33, Aufstellung. In einer kurzen Ansprache widmete er dem braven ehemaligen Wachmeister der Schwadron warme Worte des Dankes und stellte ihm allen Kameraden als ein nachahmenswertes Beispiel hin. Er schloß mit einem Hoch auf den allerböchsten Kriegsherrn. Nachdem die Nationalhymne gesungen war, marschierte die Schwadron an dem ehemaligen Wachmeister im Paradeschritt vorüber und letzte den Vorzug sich Schenkend, wo das Regiment in Quartier kommt, fort. Herr Jinsly, der die Uniform seines Regiments trug, war von dieser Ehrung tief gerührt. Eine große Menschenmenge wohnte diesem Akte bei.

** Durch Selbstentzündung waren gestern nachmittag die Vorbörse des Hauses kleine Ritterstraße 11 in Brand geraten, so daß einige Feuerwehrcorps requiriert werden mußten. Nach kurzer Arbeit konnte jede Gefahr beseitigt werden.

** Bei der Überreichung des königlichen Gnadengesichts, das beehrigen Ehepaaren anlässlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit bewilligt zu werden pflegt, wird dem Jubelpaar zugleich ein Benachrichtigungsschreiben des Regierungspräsidenten zugefertigt. Die Ausständigung dieses Schreibens fand durch den Paragrafischen oder unter dessen Mitwirkung erfolgen. Es hat sich herausgestellt, daß von vielen Paragrafischen Wert darauf gelegt wird, nicht nur bei der Ausständigung des Benachrichtigungsschreibens, sondern auch bei Überreichung des Gnadengesichts selbst mitzuwirken. Um diesen Wünschen entgegenzukommen, hat sich der Finanzminister damit einverstanden erklärt, daß in den Fällen, in denen eine derartige Mitwirkung des Geistlichen den beehrigen Anstimmungen des Bezirkes (Brauch einer besonderen Feier) entspricht oder die Bewilligung des Gnadengesichts auf Anregung des Paragrafischen erfolgt ist, neben der Beteiligung bei der Ausständigung des Benachrichtigungsschreibens der Paragrafische auch mit der Ausständigung des Gnadengesichts an das Jubelpaar befaßt werden kann.

** Von der elektrischen Fernbahn. Der Besuch des Halleischen Bahnmärktes ist bei der günstigen Witterung in diesem Jahre auch seitens der Landbevölkerung ein ganz bedeutender gewesen. Die elektrische Straßenbahn Halle-Merseburg beförderte beispielsweise an den drei Markttagen insgesamt 24 773 (am Sonntag allein 10 978) Personen, von welchen der größte Teil zweifellos Besucher des Marktes waren.

Stadtverordneten-Sitzung.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

7. Für den Verkehrs-Verein bewilligt die Versammlung auf Antrag des Stadts. Krause eine Beihilfe von 300 M. Der Antragsteller schlägt daran den Wunsch, daß der Verein recht viel mögliches für unterrichtliche Zwecke ausführen solle. In der Interpellation wird dann nicht ausbleiben. Stadts. Zeigmann erwidert noch auf eine eingehendere Begründung des Antrages, worauf Stadtrat Berger erwidert, daß der Antrag von der Verkehrs-Deputation gestellt ist, diese den Wünschen des Vereins für Merseburg eingelehen solle.

8. Antrag des Stadts. Vöhring: Anlegung eines Zentralfriedhofs. Der eingebrachte Antrag lautet: Die unhabitatoren Zustände der hiesigen Gemeinde-Friedhöfe fordern die Anlegung eines kommunalen Zentralfriedhofes. Der Magistrat wird ersucht, der Veranlassung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Der Antragsteller gibt hierzu folgende Begründung: Vor ungefähr drei Jahren durchlief unsere Stadt die Hölle, daß der Friedhof St. Mariin erweitert werden würde. Das Söldnerel war über diese Maßnahme sprachlos, umsonst, als Stadtverordnete, Polizeiverwaltung und Regierungspräsident nichts dagegen einzuwenden hatten. Demgegenüber die Erweiterung anstandslos die Genehmigung erteilen. Einige Anwohner des Bezirkes richteten sofort eine Eingabe an den Regierungspräsidenten, um diese Genehmigung rückgängig zu machen, wurden aber abschlägig beschieden. Mittlerweile bildete sich der Bürgerverein „Eid und Wehr“, der sich der Angelegenheit sofort in beherzter und energischer Weise annahm. Er richtete nochmals eine Eingabe an die höchsten Behörden, die auch nach einer lebhaften Debatte die Sache einer gemischten Kommission zur Vorbereitung überwies. Hier schlummert sie nun schon 2 1/2 Jahre, ohne daß die Beraten einen Bescheid darüber erhalten haben, wie weit eigentlich die Angelegenheit gediehen ist. Da anscheinend auch hier nichts zu erreichen war, wendete sich der Bürgerverein an das hgl. Konsistorium unter eingehender Begründung der Verhältnisse mit besonderem Hinweis auf den Verlust, den die Kirchengemeinde durch die Entziehung des Landes als Baugrund erleidet. Der Verein wurde aber einer Antwort von dieser Seite nicht für würdig erachtet! So verging einige Zeit, in der man nur erfuhr, daß die Genehmigung für die Umarmung des Grundstückes noch nicht erteilt ist. Die Interessenten wandten sich jetzt an das Garnison-Kommando mit dem Ersuchen, ebenfalls gegen eine Erweiterung des Friedhofes Einspruch zu erheben. Dies geschah und zwar wurde es in hiesiger Hinsicht für bedenklich erklärt, den Friedhof bis an die Mauern der Kirche auszudehnen. Nachdem hiesigen Magistrat, Kommando und Wehren die Soldaten doch sehr die erforderliche Friedhofsrunde. Der Regierungspräsident erwiderte hierauf, daß die vorgetragenen Bedenken eingehend geprüft würden. Später wurden diese abnehmend beantwortet. Nunmehr gingen die Interessenten an den Oberpräsidenten. Auf weitere Anregung hin lebte das Garnison-Kommando ein gleichzeitiges Vorhaben plätsch ab. Der Oberpräsident sandte einen ablehnenden Bescheid. Der Minister, an den sich die Interessenten nunmehr gewandt hatten, schickte einen Sachverköndigen, der das Gelände in Augenschein nahm. Die Antwort lautete aber auch von dieser Seite ablehnend, da keine hygienischen Bedenken für vorliegend erachtet wurden. Eine weitere Eingabe, daß die geforderten Bauforderungen nicht bedeckt und das Gelände 500 Prozent unter seinen Wert in Anrechnung gekommen sei, wurden unberücksichtigt gelassen. Da somit alle Instanzen verlag haben, wenden sich die Interessenten in letzter Stunde an die Stadtverordneten mit dem Ersuchen, die Verhältnisse zu regeln, die die Anwohner des Söldnerelers arg bedrücken. Zwei Gründe sprechen entschieden für die Einräumung eines Zentralfriedhofes. Einmal, daß zwei Gemeinden unserer Stadt über-

haupt keinen Friedhof besitzen und daher nur bei den anderen gebudet werden und zweitens die Beschaffenheit der bestehenden Friedhöfe. Der St. Mariin-Friedhof ist allen Anwohnern schon lange ein Dorn im Auge. Die Ausgräbungen auf dem alten Beerichthofen sind seit direkt dem Ende von Missetat und von Missetat hier wenig die Rede sein. Hinzu kommt noch der oft färbende Kadab des nahen Mulandensplatzes. Diese Zustände müssen doch endlich einmal aufhören. Einen Vorteil hat die Kirchengemeinde von der Erweiterung nicht; sie scheidet sich ins eigene Fleisch, da das Gelände sehr geringe Parzell und einen Wert von 50000 M. repräsentiert. In 6 bis 7 Jahren ist der neue Friedhof voll belegt und in 12 Jahren tritt die alte Kapazität wieder ein. Den Schaden hat aber in der Hauptsache das Söldnerel. Die Baulastigkeit ist lagmgelegt und die Hauswörter haben leerstehende Wohnungen. Ein Ergebnis kommt dem Antragsteller dann auch wie eine Verletzung im Anspitzgebiet vor. Aber auch vom hygienischen Standpunkt ist ein Bedenken zu erheben, trotzdem der ministerielle Geheimrat solche vermeint habe. Nach dem Allgemeinen Landrecht sollen überhaupt Begräbnisse in besetzten Gegenden nicht stattfinden. Hier kommt noch die Bodenbeschaffenheit in Betracht. Der durchlässige Kiesboden bildet für die Anwohner wie für die Störere eine größere Gefahr. Direkt gefährlich ist aber der Friedhof der Pfarramtsgemeinde. Die Leichen werden im Meißer gelegt, so daß die Nebenseite entfallen ist, auf dem Baumstark herbei die Leute zweimal. Eine Verletzung des Grundwassers ist die notwendige Folge, so daß bei Seuchengefahr die Stadt eine große Veranwortung hat. Der Friedhof der Vorstadt Merseburg ist eingemauert aufrechtstehend, so er die Entladung der Erde nicht läßt. Was der Nutzen eines kommunalen Friedhofes betrifft, so wird sich ein solcher stets selbst erhalten können. Krankensaal und Seminar werden noch lange die Schmerzenskinder der Stadt sein, ein Zentralfriedhof wäre notwendiger gewesen. Eingehalte Nachrichten aus anderen Städten, wie Luedlitz, Burg, Schalkau, Nordhausen, Giesichen, Salzfeld und Bismarcksdorf, sind eingelaufen, sind zur Verfügung gestellt ausgefallen und verzählten teilweise beträchtliche Überschüsse. Auch die Pflege der Gräber ist durch eine Zentralverwaltung wesentlich billiger. Der Antragsteller schloß seine Ausführungen mit der Bitte, den Antrag im Interesse der gelandbetreffenden und wirtschaftlichen Einordnung eines Zentralfriedhofes anzuschließen.

Eine lebhafte Debatte setzte ein. Stadts. Heune hat von einer Bestimmung in der Bürgerchaft über die Erweiterung nichts gemerkt. Er fragt, wie sich der Antragsteller überhaupt einen Zentralfriedhof denkt? Die Familienbegräbnisse werden nicht ausgemittelt und der Friedhof ist für lange Jahre nur für die Leute, die keine solchen besitzen. Die Frequenten und daher auch die Begräbnisse sind sehr minimale Teile. Die Kosten schätzte Redner auf 200 000 M. Bürgermeister Nothe bemerkt zu der Anfrage, daß alle kirchlichen Begräbnisse mit den Zuständen der Friedhöfe zufrieden sind. Was die gemischte Kommission betrifft, so ist von dieser die weitere Vergrößerung des Friedhofes abgesehen vom Magistrat aber genehmigt worden. Die Unterhandlungen wegen Ankaufs eines Grundstückes werden eingeleitet, da der Kaufpreis zu teuer war. Redner beantragt Übergang zur Tagesordnung, da die Zeit für die Anlegung eines Zentralfriedhofes nicht gekommen ist. Die Angaben der anderen Städte sind nicht überzeugend und die Kosten sehr hoch.

Stadts. Dr. Witte erklärt sich im Prinzip für einen kommunalen Zentralfriedhof. Den anderen Gründen kann er aber nicht zustimmen. Die hygienischen Zustände des Mariin-Friedhofes sind sehr gut. Ausständigungen kommen nicht in Betracht und die Gase sind nicht direkt gesundheitsgefährlich, da die Hüter wohl geübt entfernt sind. Der Hauptmarkt-Friedhof dagegen hat unter der Vergrößerung und bildet eine direkte Quelle der Gefahr für unsere Stadt. Hier wird es endlich Zeit, daß die Gemeinde angezogen wird, einen neuen Friedhof anzulegen. Redner weist noch darauf hin, daß bei Anlegung eines Zentralfriedhofes die Kirchengemeinden mit Friedhöfen entschädigt werden müssen.

Stadts. Schölkopf geht auf die vorgedachten Gründe des Antragstellers in wirtschaftlicher Hinsicht ein. Zu berücksichtigen ist Merseburgs schlechte Lage, da es zwischen Saale und Elbe liegt. Der Mariin-Friedhof ist erst in ungefähr 40 Jahren voll belegt und 40 Jahre lang muß er weiter erhalten bleiben. Während dieser Zeit beläuft ein Zentralfriedhof die Stadt ganz empfindlich. Redner spricht dann noch die ideale Lage des Mariin-Friedhofes für die Einwohner, die Umgebungen die dem Friedhofe liegen haben. Für viele ist es ein Ort innerer Sammlung und stiller Andacht und Herzenserquickung. Ein weit entfernt gelegener Friedhof wird bei Begräbnissen Unbequemlichkeiten und hohe Kosten mit sich bringen, die jetzt vermieden werden. Ein Zentralfriedhof kann daher wohl wirtschaftlich und materiell von Vorteil sein, aber doch in anderer Beziehung sehr schädlich wirken.

Stadts. Vöhring geht nochmals auf die Kostenfrage ein. Die Anlage veranschlagt er inf. aller Einrichtungen auf 50 bis 60 000 M. Auch die Regie bringt Einnahmen, die jezt nur einer Person zuzurechnen. Stadts. Vöhring wendet sich dann gegen die Ausführungen des Stadts. Heune und beantragt an der Hand eines Beispiels, daß hygienische Bedenken doch vorliegen. Hauptache bleibt aber immer die wirtschaftliche Schädigung des Söldnerelers.

Stadts. Grempler ist ebenfalls gegen den Antrag, da eine absolute Notwendigkeit für die Anlegung eines Zentralfriedhofes nicht vorhanden ist. Ein Mangel an Platz ist nicht nachzuweisen, wohl aber Mangel der Beschaffenheit bei der Erweiterung des Mariin-Friedhofes ist übrigens berat, daß nichts mehr geändert werden kann. Stadts. Vöhring bemerkt hierzu, daß die Baulastigkeit durch gefordert ist, da sich kein Mensch bisher dort angebau hat. Stadts. Witte kommt auf den Vorredner angedehnten Fall zurück, wo eine Bestimmung in einem sog. Begräbnisschule fortzuführen hat. Diese Fälle dürfen nicht gebudet und müssen polizeilich verboten werden. Bürgermeister Nothe weist nochmals die finanzielle Seite des Antrages und bezieht es als ein gewagtes Experiment, der Frage jezt näher zu treten. Im großen und ganzen ist man mit den bestehenden Verhältnissen auf den Friedhöfen zufrieden. Redner betont dann noch, daß

Korrespondent.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sonntägliche Illustr., Sonntagsblatt mit
14 tägiger Modebeilage.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Abbestellungspreis für den Jahrgang 1908: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1909: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1910: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1911: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1912: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1913: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1914: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1915: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1916: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1917: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1918: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1919: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1920: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1921: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1922: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1923: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1924: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1925: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1926: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1927: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1928: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1929: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1930: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1931: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1932: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1933: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1934: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1935: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1936: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1937: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1938: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1939: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1940: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1941: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1942: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1943: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1944: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1945: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1946: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1947: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1948: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1949: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1950: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1951: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1952: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1953: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1954: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1955: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1956: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1957: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1958: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1959: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1960: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1961: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1962: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1963: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1964: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1965: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1966: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1967: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1968: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1969: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1970: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1971: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1972: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1973: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1974: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1975: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1976: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1977: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1978: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1979: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1980: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1981: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1982: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1983: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1984: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1985: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1986: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1987: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1988: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1989: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1990: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1991: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1992: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1993: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1994: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1995: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1996: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1997: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1998: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 1999: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).
Abbestellungspreis für den Jahrgang 2000: 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 10 Pf.).

Nr. 220.

Freitag den 18. September 1908.

35. Jahrg.

Interparlamentarische Union.

Das „Parlament der Parlamente“, die Interparlamentarische Union, ist an diesem Donnerstag zum ersten Male seit ihrem Bestehen auf deutschem Boden zu einer Konferenz zusammengetreten, die drei Tage dauern soll. Am 18. September 1908 in Paris auf Anregung von Sir Randal Crumey und Frédéric Passy begründet, hat die Interparlamentarische Union eine von Jahr zu Jahr wachsende Bedeutung gewonnen. Während die erste Konferenz zu Paris im Jahre 1889 von nur 99 Parlamentariern aus 9 Parlamenten besucht war, sind für die diesjährige Tagung in Berlin bereits über 900 Teilnehmer aus 19 Staaten angemeldet. Von bekannten Persönlichkeiten sind u. a. vertreten: die belgischen Minister Verhaert und Dupont, die ungarischen Graf Apponyi und Dr. Günther, aus Norwegen Ministerpräsident Gunnar Knudsen und viele andere. Die Verhandlungen der Konferenz finden im Sitzungssaal des Reichstages statt. Wie das Bureau bekannt gibt, ist es infolge des großen Zutrags zu der Konferenz leider unmöglich, Zuhörer zu den Verhandlungen zuzulassen. Der Kongress wird vormittags 10 Uhr eröffnet. Namens der Regierung wird der Reichskanzler Fürst v. Bülow den Kongress begrüßen, vermutlich wegen des internationalen Charakters der Versammlung und nach den Vorgängen in anderen Hauptstädten, mit einer Rede in französischer Sprache.

Als Einleitung fand am Dienstag aber in Reichstagsgebäude eine Versammlung statt, bei der der Präsident der amerikanischen Gruppe des Kongresses, Herr Bartholdt, mit einer herzlichen Ansprache der deutschen Gruppe eine in den deutschen Farben gehaltene Fahne, die das weiße Band als Symbol des Friedens trägt, überreichte. Die Fahne ist im Jahre 1907 auf dem Kongress in New York geknüpft worden. Herr Bartholdt führte in seiner Ansprache aus, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika nie besser gewesen seien, als heute. Das Wort von der traditionellen Freundschaft der beiden Nationen sei geschichtlich wohl begründet. Trotz aller gegenwärtigen Bemühungen seien sich die Nationen so nahe gerückt, daß der Abschluß eines Schiedsgerichtsvortrages heute nur noch eine Frage der Zeit sei. Zum Schluß hat Herr Bartholdt, die Klage entgegenzunehmen als ein Zeichen deutsch-amerikanischer Freundschaft und eine Verheißung segensreichen Friedens zwischen zwei Völkern, die herufen sind, gleich hohe kulturelle Aufgaben zum besten der ganzen Menschheit zu erfüllen.

Auf die beifällig aufgenommenen Worte sprach der Präsident der deutschen Gruppe, Herr Abg. Prof. Eichhoff, im Namen dieser herzliche Dankesworte und fuhr dann fort: „Sie haben, Herr Präsident, von den freundschaftlichen Beziehungen gesprochen, die jetzt nach dem Vorbilde der Staatsrechtler zu unserer aufrechten Freude auch zwischen unseren Völkern herrschen; und wenn einer berufen war, dieser Freundschaft des amerikanischen und deutschen Volkes einen bereiten Ausdruck zu verleihen, so sind Sie es, der in Deutschland geboren, zum amerikanischen Bürger geworden, aber seine alte Heimat nicht vergessen hat und gleich unserm großen und unvergeßlichen Landsmann Paul Schurz zwischen den Weltanschauungen der beiden stammverwandten Völker erfolgreich zu vermitteln bestrebt ist. So empfangen Sie denn dafür unsern aufrichtigen Dank, überbringen Sie allen Ihren Gesandten in der neuen Heimat unsere herzlichsten Grüße und sagen Sie ihnen, daß die berufenen Vertreter des deutschen Volkes, die hier versammelt sind, die freundschaftlichen Bemühungen zu schätzen wissen, die die große amerikanische Nation dem deutschen Volke gegenüber hegt, und daß sie nur den einen Wunsch haben, daß die Bande der Freundschaft, die zwischen uns geknüpft sind, von Jahr zu Jahr immer inniger werden mögen, zum Segen beider Völker nicht nur, sondern der ganzen Menschheit.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widmet dem Kongress folgende Begrüßungsworte: „In der hiesigen Presse werden Deutschlands Gäste, unter

denen sich so viele hervorragende Männer fremder Nationen befinden, herzlich willkommen heißen. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, daß ihre Beratungen für die Werte des Friedens erfolgreich sein mögen. Auch wie schiefen uns diesen Wünschen an mit aufrichtiger Freude darüber, die Union interparlamentaire und als ihre Mitglieder viele erlesene Persönlichkeiten der Kulturwelt in Berlin begrüßen zu können.“

Die Maifeier.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Hinsichtlich der Stellung zur Maifeier am Dienstag eine wahrhaft tragförmige Entscheidung getroffen. Die radikale Mehrheit bereite dem Parteivorstande eine empfindliche Verlegenheit und Niederlage, indem sie der wichtigsten Punkt der Vereinbarung zwischen dem Vorlande und der Gewerkschaftskommission zu Falle brachte und dadurch ein Vakuum schuf, nämlich die Regelung der Kostenfrage bei der Maifeier Ausprägungen. Das Wort, daß in Gedanken die Gemüthsruhe aufhöre, benutzte sich hier wieder einmal glänzend. Parteileitung und Gewerkschaftsvorstand sind nicht willens, die Maifeier von Unternehmern zur Strecke gebracht werden. Sie überweisen diese ehrenvolle Aufgabe uneigennützig den in lokalen Verbänden der Orte, die sich den Luxus einer „würdigen“ Maifeier mit obligater nachfolgender Arbeitsauswertung leisten. Die begeisterten Anhänger der Maifeier auf dem Parteitag aber danken für diese lokale Stellung und lehnen daher die Vereinbarung in diesem Punkte fast lächelnd ab. Und so steht denn die Sache wie folgt: Da keiner von den dreien wollte, daß er selber zahlte, zahlte keiner von den dreien!

Der Pakt zwischen Parteileitung und Gewerkschaftskommission ist ins Wasser gefallen, trotz der souveränen Entscheidung eines Parteitages, der sich die Folgen seines Beschlusses offenbar gar nicht klar gemacht hatte. Die ganze unruhigere Romantik weiter Kreise der Sozialdemokratie zeigte sich bei dieser Debatte in bester Form. Trotz aller Erklärungen der verflochtenen Jahre waren viele der Redner der Meinung, daß man die Maifeier nur noch viel weiter ausbauen solle und müsse; dann werde das Unternehmertum schon klein gegeben, und die Unternehmung von Gewerkschaften solle ganz von sich selbst durchgehen.

In inneren wir die die vorber jede der G — fei

Ar Note nebrn gaben die de Note autstau ein zu den Ameri philan nicht hung die man die Zeit aufwüch

Österreich-Ungarn. Der zweite Präsident des österreichischen Verwaltungshofes, Marquis Paqueneau, ist zum ersten Präsidenten dieses Gerichtshofes ernannt worden. — Die Bildung eines gemeinsamen Verbandes aller deutschen

Parteien ist in einer Versammlung aller deutschen Landtagsabgeordneten in Prag beschloffen worden.

Niederlande. Das niederländische Budget für das Jahr 1909 weist nach Schätzung ein Defizit von 15800000 fl. auf, von denen gegen 10 Millionen auf den ordentlichen Etat entfallen. Das Budget für 1908 ergibt ebenfalls ein sehr erhebliches Defizit. Aus diesem Grunde ist eine dauernde Erhöhung der Mittel dringend erforderlich, ganz abgesehen von den Kosten der Sozialgesetzgebung, für die die Regierung auf eine Änderung des Zolltarifs zurückzugreifen beabsichtigt. Zeitweilig sollen 10 Centimes Zuschlag zur Vermögenssteuer erhoben und die Alkoholsteuer erhöht werden. Dies wird das Defizit auf 23700000 fl. herabmindern. Bei der Vorlage des Budgets wurde von der Regierung erklärt, der Minister des Äußeren habe die Veröffentlichung eines Orangebuchs, das einen Überblick über die Arbeiten seines Ressorts während des vergangenen Jahres geben sollte, rechtlich erlauben, doch sei er zu dem Schluß gekommen, daß dann die Dokumente einer solchen Erklärung unterworfen werden müßten, da sich dadurch ein falsches Abbild ergeben würde. Er habe nur an die Mitglieder der Zweiten Kammer eine Sammlung der Dokumente über die Schwierigkeiten zwischen den Niederlanden an Venezuela mit der Bitte verteilen lassen, den Inhalt vollständig als geheim zu betrachten.

Ägypten. Der ägyptische Votschaftsrat in Wien, Stefan Bey, wurde nach amtlicher Meldung zum Gesandten in Madrid ernannt und durch den Votschaftsrat in Wien, Hinet-Bey, ersetzt. An dessen Stelle tritt der Petersburger Votschaftsrat Jakobine Bey. — Zum Streik bei den anatolischen Bahnen wird der „Frank. Ztg.“ aus Konstantinopel vom 15. d. Mts. gemeldet, die Angehörigen der anatolischen Bahnen hätten abends ihre Direktoren abgesetzt und in einer Depesche an den Großvezir angekündigt, sie würden anderen Tages unter eigener Direktion den Betrieb auf den anatolischen Bahnen aufnehmen und aus den Einnahmen die Löhne und die geforderten Erhöhungen sowie die verlangte Gratifikation für einen Monat an alle Beamten befrieten.

Argentinien. „Agence Haas“ meldet, daß E. Weisbach das neu geschaffene Amt eines Rates des Sultans für Tanger erhalten hat. Gnebas, Darnio und der Polizeipolizeo von Tanger bleiben in ihren Ämtern. — Wie aus Colombi Bchar berichtet wird, gelten die militärischen Operationen als beendet. Die Truppen werden vom 23. bis 26. abteilungsweise nach Colombi Bchar zurückgeführt.

Perth. In den letzten Tagen fuhrerte in den Städten Nord-Perthens der Text eines angeblich von Ulemas an den Schah abgeleiteten Telegramms, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Erhaltung des Islams und des Staates auf der Verfassung beruhe. In dieser Ansicht habe die Türkei eine Befestigung erlangt. Zu Iran jedoch hätten die verfassungsmäßigen Grundgesetze, trotzdem sie von den vorherigen Schah gebilligt worden seien, einen ungünstigen Boden gefunden. Der Grund dafür liege in den Handlungen eigenwilliger Personen, die Vertreter des Glaubens und des Staates seien. Die gegenwärtige Regierung treffe der Vorwurf, den verfassungsmäßigen Forderungen des Volkes nicht die erwartete Unterstützung gewährt zu haben. Das habe Äirren hervorgerufen, bei denen viele Unselbständige Leben und Vermögen verloren hätten. Zum Schluß riefen die Ulemas die Bitte an den Schah, sobald als möglich zur Zusammenberufung des Parlaments zu schreiten, das den einzigen Sort der Ordnung und Gesehmäßigkeit bilde.

Australien. Das australische Bundesparlament wurde Mittwoch in Melbourne durch den neuen Generalgouverneur Earl Dudley eröffnet. Die wichtigsten Vorlagen betreffen die Organisation der Landesverteilung, die endgültige Bestimmung der Bundeshaupstadt und die Verfassungsänderung zum Zweck der Erweiterung der Kompetenz des Bundes, Straßfälle auf australische Industrieerzeugnisse zu erheben, wenn ungenügende Arbeitslöhne gezahlt werden.

China. Der chinesische Gesandte in Washington ist von seiner Regierung angewiesen worden, den vorgeschlagenen Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika zu unterzeichnen. Der Vertrag öffnet denen, die Amerika bereits mit einigen Mächten abgeschlossen hat.

Mittelamerika. Die Regierung von Venezuela hat nach einer privaten Meldung das Verbot der Einschiffung für die drei Guayana reisenden Postagiere zurückgezogen.

Deutschland.

Berlin, 17. Sept. Gestern morgen begab sich das Kaiserpaar mit den Prinzen und der Prinzessin auf das Vornstedter Feld. Auf dem Felde meldete sich beim Monarchen der Militärbevollmächtigte für Petersburgs Kapitän z. See v. Hinke. Gegen 12 Uhr empfing der Kaiser im Neuen Palais Professor Reichdoff zur Vorlage von Farbenproben zur Ausmalung der Krone im Dom, sowie den Porträtmaler Schwarz zur Vorlage von Porträtskizzen.